

Behindertenorganisationen und
-selbsthilfegruppen in der
Stadtarbeitsgemeinschaft Behindertenpolitik

An die
Vorsitzende der
Stadtarbeitsgemeinschaft Behindertenpolitik
Frau Henriette Reker

AN/0365/2011

Gremium	Datum der Sitzung
Stadtarbeitsgemeinschaft Behindertenpolitik	15.02.2011

Gemeinsamer Unterricht an der Gesamtschule Brehmstr. in Köln-Nippes

Beschluss:

Die Stadtarbeitsgemeinschaft Behindertenpolitik hält es für dringend erforderlich, dass die Gesamtschule Brehmstraße im kommenden Schuljahr 2011/2012 - analog des Ratsbeschlusses vom 17.12.2009 – mit dem inklusiven Unterricht beginnt. Unter Berücksichtigung des Art. 24 der UN-Behindertenrechtskonvention und der in Köln dringend benötigten Plätze im Gemeinsamen Unterricht im Sekundarbereich sollten die Eingangsklassen der Schule zukünftig generell als integrative Lerngruppen eingerichtet werden.

Die Stadtarbeitsgemeinschaft Behindertenpolitik bittet daher die Schulleitung der Gesamtschule Brehmstraße, die Bezirksregierung Köln sowie das Dezernat Bildung, Jugend und Sport der Stadt Köln alles zu unternehmen, damit ab dem Schuljahr 2011/2012 alle Eingangsklassen mit inklusivem Unterricht beginnen können.

Begründung:

In seiner Sitzung am 17.12.2009 fasste der Rat der Stadt Köln den Beschluss zur Errichtung einer Gesamtschule in Köln-Nippes. Im Beschluss des Rates wird ausdrücklich formuliert, dass an dieser Schule Kinder mit und ohne Behinderung inklusiv unterrichtet werden sollen. Im Schriftwechsel mit der Stadt Köln als auch mit der Universität zu Köln bestätigte auch die Bezirksregierung ihren Wunsch, dass die neu gegründete Gesamtschule mit Beginn ihrer Unterrichtstätigkeit ein gemeinsames Lernen und Arbeiten der Schüler/innen realisiert.

Dies wurde im 1. Jahr der Gesamtschule nur in Ansätzen realisiert, da in den Klassen jeweils nur ein Kind mit Behinderung aufgenommen wurde. Es wurden keine integrativen Lerngruppen mit den dafür vorgesehenen Rahmenbedingungen – u. a. Senkung der Klassenfrequenzen – eingerichtet.

Angesichts der dringend benötigten Plätze im Gemeinsamen Unterricht im Sekundarbereich hält es die Stadtarbeitsgemeinschaft Behindertenpolitik für vordringlich, dass im kommenden Schuljahr 2011/2012 - analog des Ratsbeschlusses – mit dem inklusiven Unterricht an der Gesamtschule begonnen wird und alle Eingangsklassen als integrative Lerngruppen gebildet werden. Die Aufnahme eines einzelnen Kindes mit Behinderung in die allgemeine Schule kann zwar im Einzelfall eine angemessene Lösung sein - z.B. weil es keine weitere Nachfrage gibt oder die Alternative ein weiter Schulweg wäre. Angesichts des großen Bedarfs an Plätzen im Gemeinsamen Unterricht der Sekundarstufe in Köln gibt es jedoch keinen Grund für eine solche Notlösung.

Horst Ladenberger,
ZsL – Zentrum für selbstbestimmtes Leben

09.02.2011